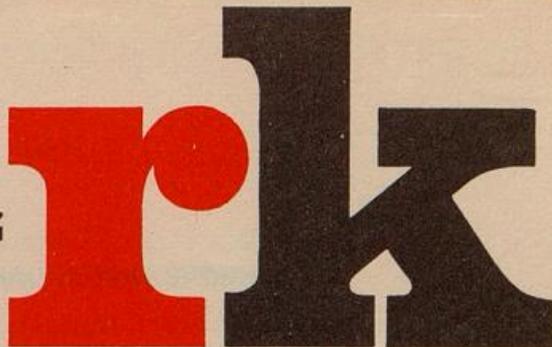


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Dienstag, 28. Juni 1983

Blatt 1735

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Kommunal:** (rosa) Bilanz: Erster Tag der Rechnungsabschlußdebatte  
Wiener Gemeinderat - Rechnungsabschlußdebatte  
Hatzl: Rascher Bau von U 3 und U 6  
Terminübersicht vom 29. Juni bis 6. Juli
- Lokal:** (orange) Zu Ferienbeginn öffnen die Sportplätze
- Sport:** (grün) Mrkvicka: "Heimspiele von Austria und Fav AC trennen"  
Fußball-WM in Österreich leider undurchführbar
- Nur über FS:** 27.6. Gratz: Alternative Liste Wien beleidigt  
Bevölkerung  
27jähriger bedrohte Fahrgäste mit Gaspistole  
28.6. Montag war ein "heißer Fersehabend"  
Brand in Verkaufslager in Floridsdorf  
Feuerwehr rettete 81jährige

Bilanz: Erster Tag der Rechnungsabschlußdebatte (1)

Utl.: Gemeinderat debattierte vierzehneinhalb Stunden

=++++

5 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Am Montag, dem ersten Tag der Rechnungsabschlußdebatte, diskutierte der Gemeinderat insgesamt 14,5 Stunden, einschließlich der Fragestunde 15,5 Stunden. Die Debatte endete erst am Dienstag um 0.30 Uhr. Drei Geschäftsgruppen standen auf der Tagesordnung: "Finanzen und Wirtschaftspolitik", "Stadtentwicklung und Stadterneuerung" sowie "Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz".

Insgesamt gab es 38 Debattenbeiträge, inklusive der Stellungnahmen der Amtsführenden Stadträte. Drei Redner stellte die FPÖ, fünfzehn die ÖVP und sechzehn die SPÖ. An "Erstlingsreden" gab es acht Beiträge. Die ÖVP stellte drei "Erstlingsredner", die Gemeinderäte Ingrid KOROSEC, Ing. Alfred WORM und Dr. Ferdinand MAIER, die SPÖ stellte fünf "Erstlinge", Herbert SCHMIDTMEIER, Dr. Johannes SWOBODA, Mag. Herbert ZIMA, Werner JANK und Robert FREITAG.

Zwtl.: Finanzen und Wirtschaftspolitik

Finanzstadtrat Hans MAYR führte die Verbesserung um 1,1 Milliarden auf die gute Wirtschaftspolitik und das Einhalten des Einnahmen- und Ausgabenrahmens zurück. Einnahmen von 62,1 Milliarden standen im Jahr 1982 Ausgaben von 65,6 Milliarden gegenüber. Die beiden Oppositionsparteien ÖVP und FPÖ lehnten den Rechnungsabschluß ab. Der Investitionsspielraum der Stadtverwaltung werde immer geringer und der Schuldenstand immer höher.

Zwtl.: Stadtentwicklung und Stadterneuerung

Stadtrat Hofmann bekannte sich zur forcierten Stadterneuerung und nannte als wesentlichste Aufgaben seines Ressorts die verstärkte Kontrolle im Wohnbau, organisatorische Verbesserungen innerhalb der Wohnhäuserverwaltung und die endgültige Fassung des Stadtentwicklungsplanes. In der Folge entwickelte sich eine Debatte über die Probleme des sozialen Wohnbaus. (Forts.) fk/ap

Bilanz: Erster Tag der Rechnungsabschlußdebatte (2)

Utl.: Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

=++++

6 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Friederike SEIDL verwies darauf, daß die Stadt Wien mit 60.000 Mitarbeitern der größte Dienstleistungsbetrieb ist. Nur 10 Prozent der Bediensteten könnten als Schreibtischbeamte bezeichnet werden. Die Stadträtin bekannte sich zum Konsumentenschutz. Die FPö forderte den Konsumentenwünschen angepaßte Ladenschlußzeiten. Die Redner der Volkspartei vermißten Konsumentenschutzeinrichtungen gegenüber den öffentlichen Dienstleistungsbetrieben. Die Verwaltung sei für den Bürger oft unüberschaubar. (Schluß) fk/ap

NNNN

Mrkvicka: "Heimspiele von Austria und Fav AC trennen!"

=++++

4 Wien, 28.6. (RK-SPORT) Nicht nur das Auseinandersetzen der Heimspiele der Wiener Spitzenklubs Rapid und Austria sollen weiterhin Berücksichtigung finden, sondern nunmehr auch die Heimbegegnungen von Austria und dem Aufsteiger Fav AC. Diesen Appell richtet Wiens Sportstadtrat Franz MRKVICKA an den Vorsitzenden der Ligakommission Hans REITINGER. "Eine Terminkollision im Favoritner Raum" so argumentiert Mrkvicka, "wäre nicht im Interesse des österreichischen Fußballsportes, schon gar nicht der bekannt fußballbegeisterten Anhänger in diesem Bezirk."

Bei eventuellen Terminüberschneidungen, die in der 16er-Liga dennoch zutreffen könnten, regte der Sportstadtrat an, daß die verantwortlichen Klubfunktionäre eventuell auch einer Doppelveranstaltung zustimmen sollten. "Sicherlich würde in diesem Fall die Ligakommission Verständnis dafür zeigen, daß man entgegen den Bestimmungen ausnahmsweise die Unter-21-Spiele zu anderen Zeiten ansetzen würde."

Die Auslosung für die kommende Meisterschaft findet bereits an kommenden Montag statt. (Schluß) hof/ap

NNNN

## Zu Ferienbeginn öffnen die Sportplätze (1)

=++++

7 #Wien, 28.6. (RK-LOKAL) Zum 17. Mal führt das Sportamt der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit dem Wiener Jugendkreis die Aktion "Sportplatz der offenen Tür" durch. Mit Ferienbeginn am 4. Juli 1983 ist auf insgesamt 16 Anlagen kostenlos der Sportbetrieb möglich, wobei zusätzliche Aktivitäten im Tennis, Tischtennis, Schiroller, Rollschuhlaufen und Wasserschifahren angeboten werden. In der Halle C der Wiener Stadthalle besteht außerdem über die Sommermonate die Möglichkeit zum kostenlosen Eislaufen. Auf einigen Plätzen ist die Aktion über die Sommermonate auch für ältere Jugendliche und Erwachsene frei zugänglich.#

Die Aktion "Sportplatz der offenen Tür" wird jeweils von Montag bis Freitag in der Zeit von 14 bis 17 Uhr auf folgenden Anlagen durchgeführt:

12, Haydn Park

Fußball - Spiele - Turnen

18, Währinger Park

Fußball - Leichtathletik - Spiele

21, Jochbergengasse

Fußball - Spiele

22, Erzherzog-Karl-Straße 170

Leichtathletik - Fußball - Spiele

(Forts.) hof/gg

NNNN

Zu Ferienbeginn öffnen die Sportplätze (2)

=++++

8 Wien, 28.6. (RK-LOKAL)

VOM 4. JULI BIS 2. SEPTEMBER 1983

Montag bis Freitag, 14 bis 17 Uhr

- 2, Augarten (Jahnwiese-Sportwiese)  
Leichtathletik - Fußball - Basketball - Volleyball - Spiele
  - 2, Spenadlwiese  
Leichtathletik - Fußball - Volleyball - Spiele
  - 8, Pfeilgasse (Eingang Blindengasse 22)  
Tennis (Anfänger) - Ballspiele
  - 10, Windtenstraße, Eisring Süd  
Turnen - Fußball - Spiele
  - 10, Laxenburger Straße - Heubergstättenstraße 1  
Turnen - Leichtathletik - Fußball - Spiele
  - 12, Johann-Hoffmann-Platz  
Fußball - Leichtathletik - Spiele
  - 15, Auf der Schmelz (ASKÖ-Sportanlage)  
Leichtathletik - Spiele - Fußball
  - 16, Erdbrustgasse  
Leichtathletik - Fußball - Handball
  - 17, Marswiese (Neuwaldegger Straße 57a)  
Leichtathletik - Fußball - Tennis - Spiele
  - 19, Krottenbachstraße 108  
Fußball - Leichtathletik - Faustball
  - 20, Lorenz-Müller-Gasse  
Fußball - Leichtathletik - Spiele
  - 23, Mauer, Erhardgasse  
Basketball - Spiele - Fußball
- (Forts.) hof/gg

NNNN

## Zu Ferienbeginn öffnen die Sportplätze (3)

=++++

9 Wien, 28.6. (RK-LOKAL)

VOM 1. AUGUST BIS 26. AUGUST 1983

Montag bis Freitag, 14 bis 17 Uhr

15, Wiener Stadthalle

Geräteturnen - Fußball - Spiele

VOM 4. JULI BIS 2. SEPTEMBER 1983

Montag bis Freitag, 9 bis 12 Uhr

2, Augarten (Jahnwiese-Sportwiese)

Leichtathletik - Fußball - Basketball - Volleyball - Spiele

2, Spenadlwiese

Leichtathletik - Fußball - Volleyball - Spiele

8, Pfeilgasse (Eingang Blindengasse 22)

Tennis (Anfänger) - Spiele

12, Haydn Park

Fußball - Leichtathletik - Spiele

12, Johann-Hoffmann-Platz

Fußball - Leichtathletik - Spiele

15, Auf der Schmelz (ASKö-Sportanlage)

Leichtathletik - Fußball - Spiele

Auf den meisten der angeführten Sportanlagen können die Jugendlichen für den Erwerb des WISTA (Wiener Sport- und Turnabzeichen für Schüler) trainieren und dieses auch erwerben.

Sämtliche Sportanlagen sind auch Stationen des Wiener Ferienspieles. (Forts.) hof/gg

NNNN

Zu Ferienbeginn öffnen die Sportplätze (4)

=++++

10 Wien, 28.6. (RK-LOKAL) Doch auch für Jugendliche ab 15 Jahren und Erwachsene besteht auf vier Anlagen die Gelegenheit zur aktiven Sportausübung:

2, Spenadlwiese (vom 4. Juli bis 2. September 1983)

Montag bis Freitag 17 bis 19 Uhr

10, Windtenstraße, Eisring Süd (vom 4. Juli bis 2. September 1983)

Montag bis Freitag 17 bis 19 Uhr

17, Marswiese (vom 4. Juli bis 1. September 1983)

Montag, Mittwoch, Donnerstag 17 bis 20 Uhr

21, Jochbergengasse (vom 6. Juli bis 31. August 1983)

Mittwoch 17 bis 19 Uhr

Im Rahmen des Wiener Ferienspiels werden weitere Sportaktionen angeboten, wo nach eineinhalb Stunden Übungszeit eine Marke erhältlich ist:

#### TENNIS

Beginn: 4. Juli, Ende: 26. August 1983

Kostenloser Grundkurs für Kinder im Alter zwischen 8 und 15 Jahren. Rackets und Bälle stehen kostenlos zur Verfügung. Erforderlich sind saubere Sport- und Turnschuhe!

Sporthalle 10, Jura-Soyfer-Gasse (PAHO)

8- bis 11jährige: Montag bis Freitag 14 bis 15.15 Uhr

12- bis 15jährige: Montag bis Freitag 15.15 bis 16.30 Uhr

Sporthalle 22, Steigenteschgasse

8- bis 11jährige: Montag bis Freitag 14 bis 15.15 Uhr

12- bis 15jährige: Montag bis Freitag 15.15 bis 16.30 Uhr.

(Forts.) hof/gg

NNNN

Zu Ferienbeginn öffnen die Sportplätze (5)

=++++

11 Wien, 28.6. (RK-LOKAL)

#### SCHIROLLER

Beginn: 4. Juli, Ende: 2. September 1983

Kostenloses Langlauf-trockentraining für Kinder im Alter zwischen 8 und 15 Jahren auf der Sportanlage 10, Grenzackergasse (Bundesspielplatz).

Zeit: Jeden Dienstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr

#### TISCHTENNIS

Beginn: 4. Juli, Ende: 19. August 1983

Vormittagsbetrieb für 6- bis 10jährige: 9 bis 10.30 Uhr  
 für 11- bis 15jährige: 10.30 bis 12 Uhr  
 Nachmittagsbetrieb für 6- bis 10jährige: 14 bis 15.30 Uhr  
 für 11- bis 15jährige: 15.30 bis 17 Uhr

Bälle und Schläger werden kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Hallen sind nur mit sauberen Sport- und Turnschuhen zu betreten. Folgende Tischtennishallen stehen zur Verfügung:

1, Postgasse 7	nachmittag
5, Grünwaldgasse 4	nachmittag
6, Liniengasse 13	nachmittag
14, Flötzersteig 115	nachmittag
15, Auf der Schmelz (Joola-Halle)	vormittag
16, Kirchstetterngasse	vormittag
22, Donauparkhalle, WIG	nachmittag

(Forts.) hof/gg

NNNN

Zu Ferienbeginn öffnen die Sportplätze (6)

=++++

12 Wien, 28.6. (RK-LOKAL)

#### ROLLSCHUHLAUFEN

Beginn: 4. Juli, Ende: 2. September 1983

Trainer stehen zur Verfügung! Die Leihgebühr für die Rollschuhe (3 Stunden) beträgt 15 S.

Sportanlage 10, Windtenstraße, Eisring Süd

Montag bis Freitag 14 bis 17 Uhr

#### WASSERSCHIFAHREN

Kurse in Theorie und Praxis, Startübungen zu Lande und zu Wasser mit drei Liftrunden zum Abschluß für Kinder im Alter zwischen 8 und 15 Jahren zu ermäßigten Preisen (45 S).

Kurse: Montag, Mittwoch und Freitag 9 Uhr, 9.30 Uhr, 10 Uhr.

Ort: Neue Donau, Wehr 1 (Südost-Tangente)

#### EISLAUFEN

Beginn 4. Juli, Ende: 19. August 1983

Kostenloser Übungsbetrieb in der Halle C der Wiener Stadthalle jeweils von 14 bis 17 Uhr.

Die Teilnehmer der Aktion "Sportplatz der offenen Tür" werden von Sportlehrern betreut. Nähere Anfragen erteilt das Sportamt unter Tel. 42 800/2799. (Schluß) hof/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

13 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Dienstag um 9 Uhr wurde die vor achteinhalb Stunden unterbrochene Gemeinderatssitzung unter dem Vorsitz von GR. Prof. WIESINGER (SPÖ) mit der Beratung des Sachbereiches "Kultur und Sport" fortgesetzt.

"Kultur soll für alle erreichbar sein", erklärte Stadtrat MRKVICKA (SPÖ) in seinem Bericht. Kultur solle unabhängig gemacht werden von sozialen und bildungsmäßigen Schranken, die oft mit stadtgeographischen Abgrenzungen identisch sind. Dezentrale Kulturarbeit solle dazu beitragen, daß sich die Menschen an ihrem Wohnort zuhause fühlen. Mrkvicka verwies auf die umfangreichen Aktivitäten in den Bezirken, auf Grätzelfeste und Kirtage, die Aktion "Kunst im Cafe", Konzerte in den Spitälern und vieles andere. Der heurige Musikalische Sommer bietet 200 Veranstaltungen an 60 Spielorten. Im vergangenen Jahr wurden 45.000 Besucher bei den Konzertveranstaltungen gezählt. Die Tage der Sakralmusik und das Musikfest der Festwochen bereichern Wiens Musikleben.

Mrkvicka unterstrich den zunehmenden Trend zum Selbstmusizieren und die "Kreativitätsexplosion" in Wiener Lokalen. Zur Entfaltung dieser Aktivitäten habe der unter gewissen Voraussetzungen gewährte Verzicht auf die Vergnügungssteuer beigetragen. Die Entstehung neuer Spielstätten der Wiener Szene habe die Stadt Wien unterstützt beziehungsweise ihren Bestand durch Subventionen ermöglicht, führte der Stadtrat weiter aus.

Heuer sei erstmals eine Budgetpost zur Unterstützung der Arbeit der "Freien Gruppen" vorgesehen. Mrkvicka nannte sodann die Förderung von zwei Theatergruppen - der "Gruppe 80" und des "Theater Brett", die nun eigene Spielstätten erhalten. Wien verfüge derzeit über rund 40 Bühnen. Wien ist damit die Stadt mit den meisten und bestfrequentierten Theaterplätzen pro Kopf der Bevölkerung in Europa. Dazu habe im vergangenen Jahr eine Theaterförderung von 260 Millionen beigetragen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

14 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Auch zur Förderung der Literatur gibt es Jahr für Jahr sehr viele Veranstaltungen, erklärte Stadtrat MRKVICKA. Die "Alte Schmiede" verzeichnet jährlich mehr als 200 Veranstaltungen. In der Freundgasse gibt es eine "Dichterwohnung", in der in Wien weilende Dichter wohnen und arbeiten können. Es gibt die Artothek, die schon eine Stammkundschaft von Kunstliebhabern gewonnen hat, und es gibt viele andere Kunstaussstellungen. In der "Türkenausstellung" im Künstlerhaus wird in absehbarer Zeit der 200.000 Besucher erwartet. Die Wiener seien gerne bereit, ein attraktives Angebot anzunehmen, sagte Mrkvicka. Er will auch die Möglichkeit nützen, Ausstellungen in die Bezirke zu transferieren: Wir wollen derartige Chancen, möglichst viele Menschen zu erreichen, in Zukunft noch verstärkt wahrnehmen, aber ebenso trachten, weiterhin große zentrale Ausstellungen attraktiven Inhalts zu gestalten und auch interessante Großausstellungen aus dem Ausland nach Wien zu bringen", kündigte der Stadtrat an.

Viel Zuspruch verzeichnete auch die Stadt- und Landesbibliothek, die 1982 38.000 Leser zählte. Die Stadtbibliothek Wien ist mit 1,2 Millionen Objekten die drittgrößte Bibliothek Wiens. Als Beispiele für die wissenschaftliche Tätigkeit des Archivs nannte der Stadtrat die Arbeit am Historischen Atlas von Wien, am österreichischen Städteatlas und den Wiener Bezirksführern. Dazu kommen zahlreiche Ausstellungen und heimatkundliche Führungen.

Erfolgreich konnte mit den Mitteln des Altstadterhaltungsfonds für die Revitalisierung von Wiener Altstadtvierteln gearbeitet werden. Denkmalpflegerische Arbeiten an rund 1.800 Gebäuden wurden mit mehr als 600 Millionen gefördert. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

15 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Im gemeinsamen Bestreben, die Stadt noch schöner zu gestalten, fänden private und die öffentliche Hand zusammen und schaffen gemeinsam kulturelle Werte, die allen Bürgern zugute kommen. Er frage sich, ob sich diese Möglichkeit nicht auf andere Bereiche der Kulturarbeit verstärkt übertragen läßt, führte Stadtrat Mrkvicka weiter aus. Es solle die Zusammenarbeit mit Institutionen und Unternehmungen ebenso wie mit Privatpersonen, die sich kulturell engagieren wollen, gefördert werden.

Im zweiten Teil seines Referates befaßte sich Stadtrat Mrkvicka mit der Förderung des Sports in Wien. Es sollen Möglichkeiten gesucht werden, den Sportbesucher für die Kultur und den Kulturbesucher für den Sport zu interessieren. Der Stadtrat gab einen Überblick über die Unterstützung der Stadt Wien für den Spitzen- wie den Breitensport. Mit der Aktion "Komm zum Sport" stehe ein gutes Instrument zur Verfügung, das die Verbindung zum Publikum hält und noch ausgebaut werden kann und soll.

Er werde sich dafür einsetzen, daß das bestehende Angebot erhalten bleibt oder weiter ausgebaut wird, daß noch mehr Menschen zu kulturellen und sportlichen Aktivitäten finden, schloß der Stadtrat. (Forts.) and/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

16 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Wien hat in den letzten Jahren erhebliche Mittel in Großsportanlagen investiert, sagte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Ein unverhältnismäßig hoher Anteil floß dem Leistungssport und besonders dem Fußball zu. Pawkowicz stellte die Frage, wann die geplante Generalsanierung und Überdachung des Praterstadions durchgeführt wird.

Dem Breitensport muß erhöhtes Augenmerk geschenkt werden. Es besteht ein weiterer Bedarf an Rundturnhallen.

Für ein Fremdenverkehrsland wie Österreich sind internationale Sportveranstaltungen von größter Bedeutung. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um solche Veranstaltungen, für die ja entsprechende Sportstätten und die Infrastruktur zur Verfügung stehen, nach Wien zu bekommen. Pawkowicz stellte den ANTRAG, eine Bewerbung Wiens für die Fußballweltmeisterschaft 1990 zu prüfen. In diesem Zusammenhang sollen auch Gespräche mit den anderen Bundesländern geführt werden.

Pawkowicz kritisierte, daß die zeitgenössische architektonische Gestaltung aus der Einflußsphäre der Kulturverwaltung geraten sei. Das Kulturamt sollte alles daran setzen, einen verstärkten Einfluß in diesem Bereich zu erlangen. Die zeitgenössische Architektur wird derzeit offenbar weitgehend den Bauingenieuren überlassen. Das Kulturamt könnte - ähnlich wie Literaturpreise - periodische Architekturpreise vergeben, regte Pawkowicz an. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

17 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Als seine persönliche Meinung deponierte Stadtrat Dr. MAUTHE (ÖVP), daß Kultur und Sport nicht zusammenpassen. Im Beitrag von Kulturstadtrat MRKVICKA habe er Aussagen zum Thema Messepalast und Otto-Wagner-Brücke vermißt. Mit einem Zitat von Günther Nenning "Der Sozialismus, wie er ist, ist häßlich", zog Stadtrat Mauthe eine Gegenüberstellung zur "Bürgerlichen Kultur".

"Kultur ist die Summe aller Bestrebungen, das Leben besser, angenehmer und schöner zu machen", meinte Mauthe.

Das Zeitalter der Spezialisten und des Konsumdenkens neigt sich dem Ende zu, den Jungen ist Kultur nicht mehr nebensächlich, das ist auch das Grundphänomen der neuen politischen Gruppen. Es wird heute mehr geschrieben und gedichtet als früher, es gibt so viele Theaterplätze in Wien wie sonst nirgendwo in Europa. Während es in den Fünfzigerjahren lediglich zwei Galerien für junge Künstler gab, sind es heute mehr als 170. Dr. Mauthe sieht eine große Chance für den Dialog, beziehungsweise zu einem Pakt, zwischen den Generationen. "Wir wünschen uns eine Kulturdurchflutung, sorgen wir dafür, daß die Stadt schöner wird." (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

18 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Gertrude STIEHL (SPÖ) hob die Leistungen der letzten Jahre auf dem Sektor der Kulturpolitik hervor. Entscheidend verändert haben sich die Festwochen. Sie sind ein Platz geworden, wo sich auch die Avantgarde artikulieren kann. Neue Wege wurden bei den Bezirksfestwochen beschritten. Das Wiener Volksbildungswerk, das mit der Organisation betraut wurde, hat hier Großartiges vollbracht. Fast in jedem Bezirk gab es Grätzelfeste und Parkfeste. Es wurden 348 Eigenprogramme der Bezirke und 400 Programme mit teilweiser Förderung veranstaltet. Die Bezirksfestwochen sind ein wesentlicher Bestandteil der Wiener Festwochen geworden.

Neue Publikumsschichten, darunter vor allem junge Menschen, wurden durch die "Szene Wien" in der Hauffgasse erschlossen. Das ehemalige Kino in Simmering wurde um 6 Millionen Schilling zu einem modernen Popzentrum umgebaut.

Stiehl trat für eine genaue Überprüfung der Subventionen ein. Sie sollen als Starthilfe und Fangnetz dienen. Gut bewährt habe sich die Praxis der Ausfallhaftungen. Jüngste Bilanzen bestätigen, daß die Wiener immer lieber ins Theater gehen. Die Nachfrage nach Karten wird immer größer.

Als besonders erfreulich hob Stiehl hervor, daß ab September bei den Wiener Symphonikern eine Frau mitwirken wird. Eine Bitte an den ehemaligen Kulturstadtrat: Minister Zilk möge mithelfen, daß es auch bei den Philharmonikern bald Musikerinnen gibt.

Wien sei durch die Kulturpolitik vergangener Jahre schöner und attraktiver geworden. Das Miteinander von Tradition und Avantgarde habe sich bewährt. Der neue Stadtrat sei ein Garant dafür, daß diese Politik fortgesetzt wird. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

19 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. KAUER (ÖVP) befaßte sich mit dem Begriff der "Kulturdurchflutung". Er bedeute ein Leitmotiv des urbanen Lebens und sei nicht mit einer Summe von Veranstaltungen gleichzusetzen. Vielmehr solle jeder die Möglichkeit haben, etwas zu tun. Dafür sei ein neues Konzept für Förderungen notwendig, verlangte Kauer. Er wandte sich gegen eine "Selbstverständlichkeit" der Subventionierung, wobei er jedoch keinesfalls einer Verminderung des Kulturbudgets das Wort reden wolle. Es sollte überlegt werden, statt einer jährlichen Subvention ein ausgiebiges Startkapital zur Verfügung zu stellen, Ausfallhaftungen zu übernehmen oder in Richtung einer Subskriptionsbasis wie etwa beim Serapionstheater vorzugehen. Mag. Kauer kritisierte, daß sich die Bezirksfestwochen 1982 als "Flop" erwiesen hätten, während die heurigen Veranstaltungen sich angesichts neuer Vorgaben bei der Programmauswahl besser entwickelt hätten.

Kurz ging Mag. Kauer auf den Hochschuljubiläumsfonds ein und vertrat die Ansicht, mit seinen Mitteln würden verschiedene Institute unterstützt, für deren Kosten der Bund nicht mehr aufkommen kann.

Mag. Kauer brachte sodann einen ANTRAG ein, wonach den zuständigen Gemeinderatsausschüssen vierteljährlich eine schriftliche Übersicht über alle neuen Subventionsansuchen vorgelegt werden soll. Bei Antrag auf Förderung durch die zuständige Dienststelle solle das Ergebnis der Vorberatungen im Ausschuß, vor allem Reihung nach Priorität, Höhe der Mittel und Argumente dafür und dagegen berücksichtigt werden.

In einem zweiten ANTRAG verlangte Kauer Aktionen, mit denen die Geschichte gewachsenen geistigen und kulturellen Verbindungen und Beziehungen des zentraleuropäischen Raumes zu Wien wieder aufgenommen, gestärkt und Teil unserer Stadt werden können, im Sinne einer aktiven "Stadttaußenpolitik" zu fördern. (Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

20 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. WIMMER (SPö) erklärte, daß nicht nur Großstadien errichtet wurden, sondern auch zahlreiche Trainingsplätze, die auch kleinen Vereinen zur Verfügung stehen. Die Bewerbung um internationale Großveranstaltungen wie Fußballweltmeisterschaften ist zwar zu überlegen, man muß aber dabei bedenken, daß solche Veranstaltungen sehr viel Geld kosten und Mittel für den Breitensport entziehen.

Die Stadt Wien bietet für den Breiten- und Leistungssport eine große Palette an Möglichkeiten, Aktionen, Sportplätzen und Förderungen. So verwaltet die Stadt Wien beispielsweise acht Sporthallen, über 100 Plätze sind verschiedenen Sportvereinen in Bestands- und Pachtverträgen überlassen. Im Winter gibt es die Hohe-Wand-Wiese zum Schifahren, sieben Langlaufloipen, die "Fahrten zum Schnee" und die Jugendeislaufaktionen. Es gibt das Spielschwimmen, das Talenteleistungsschwimmen und das Talenteturnen. Der Leistungssport wird durch Subventionen und Zuschüsse gefördert. Die Stadtverwaltung betreibt eine gute Sportpolitik, sowohl im Interesse des Breiten- als auch des Leistungssports, resümierte Wimmer. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

25 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Dr. BUSEK (ÖVP) bedauerte den geringen Anteil der Kultur am Gesamtbudget. "Ein Kilometer Autobahn kostet genausoviel wie ein Jahr Kultur in Wien". Dennoch könne Wien stolz darauf sein, eine Kulturstadt zu sein. Kultur ist der eigentliche Exportartikel. Das Bild von Wien hat sich international gehoben, diese Zufriedenheit dürfe nicht zu einer Überheblichkeit führen. Dr. Busek befaßte sich mit dem Spannungsfeld zwischen Wien und den Bundesländern, wobei er hervorhob, daß der gegenseitige Kulturaustausch zugenommen hat.

Im Verhältnis zwischen der Stadt und den Universitäten und Hochschulen gibt es Friktionen. Die Studenten spielen für die Stadt eine große Rolle. Positiv wertete Busek den Hochschuljubiläumsfonds und regte einen stärkeren geistig-kulturellen Austausch zwischen Stadtverwaltung und den Hohen Schulen an.

Zum Thema "Stadtaußenpolitik" verwies Busek auf die historischen Bindungen Wiens mit dem Donaauraum und den ehemaligen Ländern der Monarchie. Das Auseinandersetzen mit denen, die in einem anderen System leben, sei nötig. Diese internationale Zusammenarbeit, die Verbindung auf wissenschaftlicher Ebene wird von der Akademie der Wissenschaften wahrgenommen. Hier weitere Aktivitäten zu setzen, wäre ein Beitrag für eine Friedensbewegung österreichischer Art. Interdisziplinäre Zusammenarbeit der Donauuniversitäten und die Intensivierung des gegenseitigen Austausches kosten nicht viel, bieten jedoch eine andere Art von Außenpolitik, die der Brückenfunktion von Wien gerecht wird. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

26 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Den Ressortwechsel des Sports zum Kulturbereich kritisierte GR. ARTHOLD (öVP). Der Sport würde eher zum Freizeit- und Umweltbereich passen. In den letzten Jahren wurde vieles vernachlässigt. Es war ein Jahrzehnt der Schleifung von Sportstätten im dicht bebauten Gebiet und ein Jahrzehnt der Großbauten, an deren Folgekosten die Stadt zu leiden hat. Seit 1974 hat die öVP einen Finanzierungs- und Investitionsplan für Sportstätten verlangt. Im Vorjahr wurde der Sportstättenleitplan vorgestellt. Die Zahlen in diesem Plan stammen aus dem Jahr 1976. Mehr als ein Dutzend Sportanlagen, die es nicht mehr gibt, sind darin enthalten, dafür fehlen etwa 2 Dutzend neue Anlagen.

Der Sportstättenleitplan zeigt den Fehlbestand an Freiflächen und Hallenflächen in aller Deutlichkeit auf. Die Bezirke 3, 4, 5 und 12 sind am meisten davon betroffen. Projektiert wurde in jenen Bezirken, die es am nötigsten haben, kaum etwas. Diesem Mangel stehen Großprojekte gegenüber. Die Überdachung des Stadions wird etwa 200 Millionen Schilling kosten. Die öVP wird dem Vorhaben nur dann zustimmen, wenn der gleiche Betrag für den Breitensport angelegt wird.

GR. Arthold beklagte ferner den Mangel an Führungskräften und Funktionären in den Wiener Sportvereinen. In Wien gibt es keine geeignete Institution, die Trainer und Vorturner ausbildet. Viele kleine Sportfunktionäre sind, konfrontiert mit den bestehenden Steuererlässen und Gesetzen, einfach überfordert. Neue Turnsäle sollen nach dem Modell der Rundturnhallen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Der öVP-Gemeinderat forderte StR. MRKVICKA auf, den Sport von parteipolitischen Einflüssen, soweit wie möglich fernzuhalten. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

30 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MRKVICKA dankte für das Angebot der ÖVP zur Diskussion und zur Zusammenarbeit. Seiner Meinung nach sei Kultur- und Sportpolitik eine Politik für alle Wiener, die es über alle Parteigrenzen hinweg zu verfolgen gelte. Der Zugang zur Kultur und die Begegnung gehörten zu den vorrangigsten Anliegen. Er pflichtete Stadtrat Dr. MAUTHE bei, der gesagt hatte, Kultur sei auch das Verhalten im Alltag. Er, Mrkvicka, möchte das Rowdytum auf Sportplätzen mit aller Macht verhindert wissen. Mit dieser Ansicht sehe er auch eine Brücke geschlagen zwischen Kultur und Sport.

Das Stadtfest der ÖVP hätte in dieser Form nie stattfinden können, wenn man nicht Wege gefunden hätte, um die Kärntner Straße und den Graben zu Fußgängerzonen zu machen.

Daß es einen Aufbruch gibt in der kulturellen Szene, sei unbestreitbar, erklärte Mrkvicka. Er meinte aber, man sollte nicht einen "Pakt" machen zwischen der jungen und der älteren Generation, sondern für Verständnis und Toleranz eintreten.

Mrkvicka beklagte ein kulturelles Defizit im kreativen und musischen Bereich bei Lehrlingen, das zu decken man Hilfestellung geben sollte. Gemeinsam mit dem Ressort von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER sollen Wege gefunden werden, um diesen Bereich abzudecken. Er würde es begrüßen, wenn die ÖVP dem Problem der Allgemeinbildung an den Berufsschulen mehr Augenmerk zuwenden würde. Die von Stadtrat Dr. Mauthe genannten Galerien und Jazzlokale seien ein Teil dessen, was den kulturellen Wert der Stadt ausmacht, es entspreche also auch dem, was die ÖVP als "Stadtaußenpolitik" nach außen dringen lassen wolle. Die Sozialisten schaffen das dafür notwendige Klima. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

31 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Was als schön und was als häßlich angesehen wird, sei - wie etwa die Ringstraße, das Palais Pallavicini oder die Bauwerke Otto Wagners - je nach der Auffassung der Zeit unterschiedlich. Die Otto-Wagner-Brücke über die Wienzeile müsse jedenfalls erhalten werden, und beim Hearing am 6. Juli solle geklärt werden, wie es weitergeht. Er zitierte Stadtrat Mauthe, der erklärt hatte, "kein Patentrezept gegen die Häßlichkeit" zu besitzen, und verlangte, es müsse nach Kompromissen gesucht werden. Ein Kulturveto sollte es nicht geben, sagte Mrkvicka, denn es verhindere viel an Fantasie und verschließe viele Möglichkeiten. Zum Thema "Kompromiß" zitierte der Stadtrat, Politik sei ein Ziel, das immer weit unter dem liege, das man erreichen möchte, sie sei "ein Kompromiß oder ein Schriftsteller" - und schließlich: die Grundlage der Politik ist der Kompromiß.

Eingehend auf die Ausführungen von GR. Mag. KAUER formulierte der Stadtrat, Kunst und kulturelle Aktivitäten an die Menschen in den Betrieben heranzubringen, erfordere Aufgeschlossenheit der Arbeitnehmer, mehr noch der Arbeitgeber. Er wolle in Wien eine Überblicksausstellung über die österreichische Gegenwartskunst veranstalten, kündigte Mrkvicka an.

Wir müssen einen Weg finden, bestehende Theaterspielstätten auch für andere Gruppen beispielbar zu machen, nicht jedoch neue Bühnen schaffen, sagte Mrkvicka.

Zur "Stadtaußenpolitik" sagte der Stadtrat weiter, darunter sei vermutlich Wien als Begegnungsstätte zu verstehen. Die Wiener Festwochen besitzen einen großen Anteil an diesem Vorhaben, und diese Politik sei den Sozialisten auch bereits bisher sehr bewußt gewesen. (Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

=++++

32 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Dr. MAUTHE (öVP) begrüßte in einer zweiten Wortmeldung die Dialogbereitschaft von StR. MRKVICKA. Er sagte, daß es in jeder Epoche im Grunde nur eine große Gesamtkultur gebe, zu der natürlich auch die Arbeiterkultur gehöre. Mauthe sprach sich dafür aus, die historischen Beziehungen Wiens vor allem im Donauraum wieder aufzufrischen. Er bedauerte, daß StR. Mrkvicka auf ein Kultur-Vetorecht verzichte. Natürlich gebe es kein Patentrezept für die Schönheit, aber das Kulturamt habe das Recht, zu sagen, was "schiach" sei. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

33 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) 17 Jahre vor dem magischen Datum des Jahres 2000 und angesichts des "großen Bruders" Elektronik ist es eine geradezu überlebenswichtige Aufgabe, für Aktivierung und maximale Bildung als lebenslangen Prozeß der Orientierungsfähigkeit zu sorgen, erklärte Vizebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER zu Beginn der Debatte über die Geschäftsgruppe "Bildung, Jugend und Familie". Erst Bildung befähigt den Bürger, mitgestaltende

Verantwortung zu tragen. Es ist daher verständlich, daß 86 Prozent des Budgets der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend und Familie 1982 für das Bildungsgeschehen Verwendung fanden. Allein für den schulischen Bereich wurden 4,3 Milliarden Schilling benötigt. Mit Genugtuung stellte Fröhlich-Sandner fest, daß viele der angestrebten und nun auch gesetzliche Wirklichkeit gewordenen Veränderungen im Schulwesen - von den Klassenschülerzahlen bis zur Vorschule - schon lange zum Wiener Schulalltag zählen. Die Schule unserer Zeit muß entscheidende Impulse zur Entwicklung unserer Gesellschaft leisten. Dieser Dualismus zwischen Stoffvermittlung und Erziehungsfunktion stellt die große Herausforderung dar. Erfolgreiche politische Bildung darf nicht an den Kenntnissen unserer Verfassung, sondern muß am demokratischen Zusammenleben in der Schule selbst gemessen werden.

Zu den Ansprüchen an die Schule zählt auch die entsprechende Vorbereitung auf das Berufsleben. Die Modernisierung der Berufsschulen bildete deshalb auch 1982 einen Schwerpunkt unserer Arbeit. Es müssen weiterhin alle Anstrengungen unternommen werden, um das durch Arbeitslosigkeit begünstigte "Aussteigen" junger Menschen zu verhindern. Zwischen 1970 und 1982 konnte der Anteil Jugendlicher, die ohne Berufsausbildung ins Erwerbsleben eintreten, von 19 auf 8 Prozent reduziert werden. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

34 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Drei Millionen Besucher nahmen 1982 unsere vielfältigen Angebote im Bereich der Jugend- und Erwachsenenarbeit in Anspruch, die dazu beitragen, Freizeit nicht nur zur Konsumzeit werden zu lassen. Dieser eindrucksvolle Anstieg der Teilnehmerzahl, sagte Fröhlich-Sandner, ist einerseits auf die Errichtung neuer Zentren zurückzuführen, andererseits auf die phantasievollen und attraktiven Aktivitäten und Initiativen.

Im Fremdenverkehr wurde 1982 ein Ergebnis erzielt, das nur um 1,8 Prozent unter dem Rekordjahr 1981 lag. Daß wird besser abgeschnitten haben als die meisten anderen Bundesländer, ist einer bewußten Politik der dezentralen Werbung zu verdanken. Das heurige Jahr wird wahrscheinlich das beste Kongreßjahr, das Wien je hatte.

Zu den Schwerpunkten der Jugend- und Familienpolitik zählten die Sicherung des Platzangebotes in den Kindergärten, die Vermehrung von Krippenplätzen und der Anzahl der Tagesmütter, die Angebote zur Beratung und Hilfe für die Familien sowie Maßnahmen zum Schutz von gefährdeten Kindern. Unsere Leitvorstellung, betonte Fröhlich-Sandner, besteht darin, erzieherische Probleme nicht durch Gewalt und Zwang, sondern durch Hilfsangebote zu lösen. Die Statistik belegt den Erfolg des eingeschlagenen Weges. So nahm die Zahl der Heimunterbringungen in den letzten 10 Jahren um die Hälfte ab. Die Bemühungen, Kinder unter drei Jahren in Pflegefamilien unterzubringen, wurden erfolgreich verstärkt. Unsere Heime haben sich sehr positiv verändert. Sie wurden zur wirklichen Chance für junge Menschen, nicht zur Endstation.

Gerade Jugendlichen, deren Möglichkeiten zur Selbstfindung eingeschränkt sind, gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Deshalb, so Fröhlich-Sandner, habe sie auch immer wieder versucht, mit dem Zentrum Gassergasse ins Gespräch kommen. Es hat sich leider bewahrheitet, daß dann, wenn das Gespräch nicht mehr gesucht wird, nur mehr die Gewalt bleibt. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Bildung, Jugend und Familie

=++++

35 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte, die heutige Debatte über die Geschäftsgruppe Bildung, Jugend und Familie sei durch die Ereignisse in der Gassergasse überschattet. Eine Verbindung zur beziehungsweise eine Steuerung durch die westdeutsche Anarchoszene sei vermutbar. Die von Bürgermeister GRATZ rasch getroffenen Maßnahmen sind die Konsequenz der Vorgänge in der Nacht von Sonntag auf Montag. "Das Experiment Gassergasse ist als gescheitert anzusehen. Nicht aus Mangel an Geduld seitens der Stadtverwaltung und des Gemeinderates, sondern an der Intoleranz jener Elemente, die sich der Gassergasse bemächtigt haben."

Aus den bruchstückhaften Abrechnungsunterlagen der Vereinsleitung ging hervor, daß zahlreiche Ausgaben für den Zweck "Friedensdemo" aufgewendet wurden, "das von der Polizei in der Nacht sichergestellte Arsenal paßt nicht dazu".

Dr. Hirnschall setzte sich dafür ein, daß es weiter Gespräche mit alternativen Gruppen geben soll und es auch eine Förderung geben kann. Aus den bitteren Erfahrungen mit der "Gaga" müsse man lernen, um künftig freie Gruppierungen vor Unterwanderungen und vor Umfunktionierungen zu schützen. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

36 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Die Schließung der "Gassergasse" ist das tragische Ende einer verfehlten Jugendpolitik, stellte GR. Dr. Marilies FLEMMING (öVP) fest. Die Gassergasse sei eine Chronik von Fehleinschätzungen und Fehlverhalten der Bevölkerung und den Jugendlichen gegenüber. Fleming zählte chronologisch jene Maßnahmen auf, wie es zur Schlüsselübergabe des selbstverwalteten Jugendzentrums gekommen ist. Die Margaretner Bezirks-öVP habe sich dagegen gewehrt und beantragt, auf dem Areal Grünflächen zu errichten. Während der offiziellen Eröffnungsfeier sei bereits eine Hausbesetzung von den Jugendlichen angekündigt worden. Ein öVP-Bezirksantrag auf unverzügliche Räumung wurde abgelehnt. Später gab es Schüsse auf ein Nachbarhaus, und bei einer Razzia wurde Haschisch gefunden. Im Gemeinderat beantragte die öVP zunächst Schallschutzmauern und dann, das Zentrum zu schließen und den baubehördlichen Auflagen entsprechend zu adaptieren.

Die öVP hat sich mehrmals zur offenen Jugendarbeit bekannt, betonte Fleming, und ist für selbstverwaltete Jugendzentren eingetreten. Aber man müsse wissen, wem man das Vertrauen und die Subventionen schenkt. Im Falle der "Gassergasse" waren es 7,6 Millionen Schilling. Man hat den jungen Leuten die Schlüssel übergeben, ohne vorher einen Konsens mit der Bevölkerung zu erzielen. Man hat die Jugend in eine feindliche Umgebung hineingestoßen und ihnen einen schlechten Dienst damit erwiesen. Daß dort sogar Kinder und Jugendliche im alternativen Kindergarten und in der Schule aus- und eingingen, war unverantwortlich. Die öVP hat den Subventionen der Kinder wegen zugestimmt. Viele junge Menschen hätten statt Geld Zuwendung benötigt. Die "Gassergasse" sei ein Fall kommunaler Wohlstandsverwahrlosung. Der "Gaga-Terror" in Margareten ist zu Ende, es wird sich erweisen, ob die Sozialisten daraus gelernt haben, oder ob er an anderer Stelle wieder ausbricht. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

37 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HÄUPL (SPÖ) erklärte zum Jugendzentrum Gassergasse, er sei enttäuscht, daß dieses Experiment in einer "Nacht der Gewalt" sein Ende gefunden habe. Es bejahte jedoch nach wie vor die Grundidee eines autonomen Kommunaktionszentrums als Forum für nonkonformistische Jugendliche. Die "Gassergasse" sei nicht der von der ÖVP angesprochene "Hort des Terrors" gewesen, sondern ein Ort voll der Widersprüchlichkeiten, voll der Versuche, sich zu artikulieren, ein Ort der Schulversuche und auch eine Anlaufstelle für sozial Deklassierte. Daß es dort auch Leute gegeben habe, die die Konfrontation statt des Dialoges gesucht haben, könne nicht verschwiegen werden, und daß fürs Erste die Konfrontation, die Gewalt dem Experiment "Gassergasse" ein Ende bereitet hat, sei nun bereits eine traurige Tatsache. Es bleibe jedoch die Idee der autonomen Jugendzentren, für die sich die SPÖ auch in Zukunft einsetzen werde. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

38 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Erika STUBENVOLL (SPö) ging auf die Tätigkeit des Jugendamtes der Stadt Wien ein, das eine Fülle von Aufgaben im Dienste der Eltern wie auch der Kinder, daß heißt, der ganzen Familie, wahrnimmt. Diese Betreuung beginnt schon zur Zeit der Schwangerschaft der Mutter und reicht bis zur Beratung der Schulkinder und Jugendlichen. Stubenvoll verwies auf die Mutterberatungsstellen, die Besuche von Sozialarbeiterinnen bei Wöchnerinnen, die spezielle Betreuung von Gastarbeiterkindern, die Sonderpädagogischen Ambulanzen, die Kinderkrippen und die Tagesmütter. Als besonders erfreulich bezeichnete sie die Vollversorgung Wiens mit Kindergartenplätzen für Drei- bis Fünfjährige.

Die Rednerin hob die Veranstaltungen des Jugendamtes wie etwa Enqueten zu den Themen Streetwork oder außerschulische Jugenderziehung hervor und betonte, daß die Arbeit des Jugendamtes auch für gefährdete Kinder und Jugendliche eine große Hilfe bedeutet. Auch in Zusammenarbeit mit anderen Magistratsabteilungen kann dazu beigetragen werden, das Los mancher Jugendlicher zu erleichtern. Ebenso helfen Beratungsstellen in Krisensituationen, wie das Kindertelefon oder die Kinder- und Jugendpsychologischen oder die Sozialpädagogischen Beratungsstellen. Oberste Maxime des Jugendamtes ist es, den Kindern und Jugendlichen ein Aufwachsen in einer Atmosphäre von Geborgenheit und Verständnis zu geben. (Forts.)  
gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

39 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) In der "Gassergasse" wurde Steuergeld in Wirklichkeit als Schweigegeld eingesetzt, um sich vor der Auseinandersetzung mit den Problemen junger Menschen zu drücken, kritisierte Stadtrat FÜRST (ÖVP). Es sei unzumutbar, sich zuerst mit Steuergeld von der Verantwortung loszukaufen und dann die Polizei aufmarschieren zu lassen. Es gibt gute Gründe dafür, Experimente für eine neue Jugendarbeit zu unterstützen. Wir haben aber eine andere Meinung, betonte Fürst, wie das Geld verwendet werden soll.

Im Amerlinghaus gab es bisher mindestens 80 Anzeigen. Aber die Beschwerden werden abgeblockt, man kümmert sich nicht darum und überläßt die Sache sich selbst. Im 12. Bezirk gibt es ein Lokal, das als internationales Rauschgiftzentrum gilt, über das aber offenbar von höherer Stelle die Hand gehalten wird. Auch im 22. Bezirk gab es ein Lokal, in dem Raschgift verkauft wurde. Wurde jedoch eingeschritten, gab es Interventionen von ganz oben.

Die sozialistische Jugendarbeit trägt den Keim des Scheiterns in sich, sagte Fürst. Die SPÖ ist nicht in der Lage, auf die Probleme der Jugend einzugehen, und kauft sich mit Steuergeld davon los. Wir sind, schloß Fürst, für das Gespräch mit kritischen jungen Menschen. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

40 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. SALLABERGER (SPÖ) bezeichnete den Vorwurf von Stadtrat FÜRST (ÖVP) über Schweigegeld und Loskaufen als eine Geschmacklosigkeit. "Wir alle, die wir auch selbst einmal in der Jugendarbeit gestanden sind, wissen, wie schwierig es ist, mit der Jugend zu arbeiten." Es sei falsch, alle in einen Topf zu werfen. "Ich habe selbst oft und lange mit den Leuten aus der "Gassergasse" gesprochen, ich habe mir einige Male die "Gassergasse" angeschaut. Und einige Ideen der Leute haben mir durchaus gefallen", erklärte Sallaberger. Es ist leider dazu gekommen, daß einige die sogenannte Szene benützten, um daraus für sich selbst Kapital zu schlagen. "Ich stehe dazu, daß die Entscheidung zum Abbruch der "Gassergasse" gefallen ist." Es müsse nun genau untersucht werden, wie es weitergeht. "Mit Prügel, Hunden und Feuerwehrschräuchen werden wir die Probleme nicht lösen."

Es war für die ÖVP nicht immer leicht, jeder Subvention für die "Gassergasse" die Zustimmung zu geben, betonte GR. Dr. HAWLIK (ÖVP). Wir haben ein Experiment unterstützt, trotz der schlechten Ausgangslage. Wir wollten das Experiment nicht unterbinden, sondern bessere Startbedingungen schaffen. Die Jugendfrage ist eine Generationsfrage, die quer durch alle Parteien geht. Es sei aber grundfalsch, der Volkspartei die Schuld für das Scheitern des Experiments zuzuschieben.

GR. HANKE (SPÖ) erklärte, daß Erziehen Vorbild sein heißt. "Wo ist heute das Vorbild? Die Jugend auf der Galerie wäre entsetzt über unseren Stil". Zwei Jahre lang haben in der "Gaga" sozial gefährdete junge Menschen einen Hort gefunden. "Beim Helfen lohnt sich auch ein Einsatz von Steuermitteln. Wir wollen helfen, auch dann, wenn es Schwierigkeiten gibt." (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

41 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Die Jugend stelle ein gemeinsames Problem dar, das nicht unter den Tisch gekehrt werden dürfe, stellte GR. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) fest. Deshalb sei es gut, daß der Gemeinderat so ausführlich darüber diskutiere.

Mehr Menschlichkeit und Menschenwürde bedingten heute neue Formen des Lernens. Das Ziel müsse sein, nicht nur Wissen und Fertigkeiten zu vermitteln, sondern Leben zu lernen. Leben lernen bedeute vor allem Beziehungsfähigkeit lernen, Eigenverantwortlichkeit, Initiative, demokratische Mitbestimmung heranzubilden. Die Frage sei, ob die heutigen Formen der Volks- und Erwachsenenbildung diesen Anforderung gerecht würden. Schon die Bezeichnung "Hörer" zeige, daß es an einer aktiven Beteiligung an der Ausbildung fehle. Petrik schlug angesichts des heutigen Lehrerüberschusses vor, mehr Lehrer in der Erwachsenenbildung einzusetzen.

Als wichtigste Zielgruppen für die Erwachsenenbildung bezeichnete Petrik arbeitslose Schulabsolventen, Patienten in den Spitälern und Gastarbeiter. Auch die Erhaltung und Gesunderhaltung der Familie wäre eine Aufgabe der Erwachsenenbildung.

Abschließend bezeichnete Petrik die Bildungsarbeit als gemeinsames Anliegen, das den Bürgern eigene Wege der Lebensgestaltung ermöglichen solle. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

43 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Hildegard WONDRATSCH (SPÖ) beschäftigte sich mit der Arbeit der MA 13. Bildung und außerschulische Jugendbetreuung sind heute eine absolute Notwendigkeit für unsere Gesellschaft. Die Bildung hilft dem Menschen zu einem Dasein als urteilsfähiger, mündiger Bürger. Mit einem umfassenden Angebot von den Volkshochschulen über die Häuser der Begegnung, die Musiklehranstalten der Stadt Wien bis zu den städtischen Büchereien trägt Wien dazu bei, den Menschen, über alle sozialen Unterschiede hinweg, ein gleichmäßiges Bildungsangebot zu geben. Wenn 1982 105.000 Leser die städtischen Büchereien in Anspruch nahmen und durch verschiedene Veranstaltungen die Zahl junger Leser wesentlich gestiegen ist, so zeigt das die Effizienz des Bildungsangebotes.

Mit der außerschulischen Jugendbetreuung hilft die Stadt Wien allen Kindern und Jugendlichen, im Sinne sozialer Gerechtigkeit die Freizeit sinnvoll zu nützen. So bietet das Wiener Ferienspiel, an dem 1982 241.000 Kinder teilnahmen, zahlreiche Möglichkeiten für Kinder und darüber hinaus die Familien, schöne Ferien in der Großstadt zu verbringen. Diese Aktion findet ihre logische Fortsetzung im Ferienclub für die über Fünfzehnjährigen. Eine Reihe von weiteren Aktionen ergänzt das Programm für Kinder und Jugendliche und komplettiert den Bereich der Wiener Jugendpolitik, die es als ihre Aufgabe ansieht, die Jugend einzubinden und sie Toleranz und Freude an der Begegnung zu lehren. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

44 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Die Frage nach der Zweckmäßigkeit der seinerzeitigen Trennung von Kultur- und Jugendpolitik drängt sich immer wieder auf, sagte GR. PROCHASKA (ÖVP). Durch Jahre hindurch wurde verabsäumt, Jugendpolitik als ein viele Ressorts - etwa den Wohnbau und die Planung von Verkehrseinrichtungen - betreffendes Prinzip zu begreifen. Wir müssen uns mit allen Einrichtungen, die junge Menschen betreffen, auseinandersetzen. Prochaska zitierte eine Studie, die die Einflüsse der Familie sowie der religiösen und anderer Organisationen als wichtigsten Damm gegen das Abgleiten Jugendlicher in die Kriminalität anführt. Die Grenzen sozialistischer Familienfreundlichkeit werden von den Ideologen gesetzt. Die Jugend braucht keine Bevormundung, sondern mehr menschliche Zuneigung. Fix und fertig geplante Jugendzentren zum Beispiel lassen zuwenig Raum für die eigene Gestaltung. Wir müssen die neuen Probleme sehen, sagte Prochaska, wir müssen weg vom Selbstbedienungs großmarkt materieller Zuwendung und hin zu mehr Gefühl. (Forts.) ger/ko

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

=++++

45 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Aus aller Welt kommen Delegationen, um die Wiener Jugendarbeit kennenzulernen, sagte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER. Ich bedaure, daß die Leistungen in Wien zu wenig bekannt sind. Hier ist ein echtes Aufgabengebiet für den PID, um die nötige Aufklärungsarbeit zu leisten.

Die Vorwürfe über die Jugendarbeit wies die Rednerin zurück. Die Haltung der Volkspartei zur Gassergasse sei ein anschauliches Beispiel für die Zwiespältigkeit, einmal dafür einmal dagegen. "Für mich ist Jugendpolitik nicht nur Gassergasse, es ist das Bemühen um Chancen, bessere Möglichkeiten, Zugang zu Kultur, Bildung und Ausbildung".

"Die Ängste, Träume und Wünsche der Jugend habe ich in zahlreichen Diskussionen kennengelernt und die Erfahrungen bestärken mich, für die heranwachsende Generation tätig zu sein." Auch wenn das Experiment Gassergasse gescheitert ist, war es doch möglich, daß zahlreiche Jugendliche wieder in die Gesellschaft integriert werden. Und die jährlichen Kosten von 1,2 Millionen sind weniger, als wir bereit sind, für einen Tag Opernbetrieb zu zahlen.

In der Familienpolitik gehe es nicht darum, die Familien zu bevormunden. Man muß helfen und Unterstützung geben. "Sozialistische Politik war immer für die Familie da". (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

47 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Die Zahlen des Rechnungsabschlusses beweisen, daß sich auf dem Sektor Gesundheit und Soziales fast 22.000 Mitarbeiter erfolgreich bemüht haben, den Menschen dieser Stadt zu helfen, stellte Gesundheitsstadtrat STACHER zu Beginn der Debatte über die Geschäftsgruppe "Gesundheit und Soziales" fest.

Es gebe auf diesen Gebiet allerdings zwei Wünsche, die diametral entgegengesetzt sind: Einerseits den Wunsch, die Krankenhäuser zu humanisieren, andererseits den Wunsch, die Kosten zu senken. Hier könne nur ein möglichst guter, durchführbarer Mittelweg gesucht werden.

1982 wurden in den Wiener städtischen Spitälern 246.346 Patienten aufgenommen. Das sind 3,03 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Pflegetage sind jedoch um 0,77 Prozent gesunken. Die Verweildauer hat sich damit von 12,79 auf 12,4 Tage im Durchschnitt reduziert. In den beiden Psychiatrischen Krankenhäusern konnte bereits eine positive Auswirkung der im Gange befindlichen Psychiatriereform festgestellt werden: Die Anzahl der Pflegetage ist um fast 10 Prozent zurückgegangen.

Das Defizit der Spitalsverwaltung sei kein echtes Defizit, stellte Stacher fest, sondern müsse als Sozialleistung an der Gesellschaft betrachtet werden. In Wien gebe es doppelt so viele Ausbildungsstellen als in den anderen Bundesländern. Gleichzeitig werden aus den Bundesländern eine Vielzahl von Patienten übernommen, die nur in Wien behandelt werden können. Die Personalkosten machen 53 Prozent des Budgets aus. Bei den Investitionen wurde das Hauptgewicht auf Herz- und Kreislauferkrankungen gelegt, da diese am stärksten im Zunehmen begriffen sind. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

48 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Weiters wurden auf dem Gebiet der Strahlentherapie Fortschritte erzielt, im Wilhelminenspital wurde eine Neurologische Abteilung eingerichtet. Die Intensivblutbank wurde besser ausgerüstet. Auf dem Gebiet der Humanisierung der Spitäler sowie der Psychiatriereform wurden zahlreiche Maßnahmen gesetzt. Die wissenschaftliche Arbeit in den Spitälern konnte vor allem dank des Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters fortgesetzt werden. Eine große Zahl von Kongressen hat in Wien internationale Begegnungen von Ärzten ermöglicht.

Auch bei den Krankenpflegeschulen wurden Erweiterungen durchgeführt. Dies hat zur Folge, kündigte StR. Stacher an, daß voraussichtlich mit Ende des Jahres alle Posten für Krankenschwestern besetzt sein werden.

Es stimme nicht, so Stacher, daß es in Wien 3.000 Betten zuviel gebe, es sei nur eine gewisse Umstrukturierung notwendig. Ein neuer Zielplan - mit der vergangenen Volkszählung als Grundlage - werde derzeit erstellt. Für die Zukunft kündigte Stacher die Einrichtung von "technischen Direktoren" in den größeren Krankenanstalten an sowie die Schaffung weiterer Servicezentren. Beim AKH werde die Betriebsorganisationsplanung verstärkt und beschleunigt. Die Behindertenhilfe soll ausgebaut werden.

Die im Budget aufscheinenden Mehrausgaben des Sozialamtes von 136 Millionen Schilling gehen vor allem auf eine 50prozentige Steigerung der Aushilfen zurück, die wiederum durch die große Zahl von Flüchtlingen verursacht wurde, erklärte Stacher.

Zur Frage der 35-Stunden-Woche in den Spitälern wiederholte Stacher, er habe sie nicht verlangt. Falls sie aber kommen sollte, müßten die Spitalsbediensteten auch daran teilhaftig werden. Schon jetzt müsse überlegt werden, wie das durchführbar sei. Eine Enquete soll im Herbst diese Frage klären. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

49 Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRNSCHALL (FPÖ) forderte verstärkte Bemühungen um die Behinderten, neue Wege zur Ausbildung der Jungärzte und verstärkte Bemühungen auf dem Sektor der Altenbetreuung. Der Umfang der sozialen Aufwendungen hat zugenommen, was teils daran liegt, daß das Sozialnetz dichter geworden ist, teils daran, daß sich die materielle Lage für manche Menschen verschlechtert hat.

Auf dem Sektor der Behindertenhilfe konstatierte Hirnschall einen Nachholbedarf an Maßnahmen sowohl im Bereich der Bauordnung wie auch etwa des Arbeitsmarktes. Er forderte die Einführung eines Behindertenbeirates unter Mitwirkung aller zuständigen Gremien.

Zur Ausbildung der Jungärzte sagte Hirnschall, daß er schon vor einem Jahr Vorschläge wie das Pflegepraktikum und die Ausbildung in Praxen gemacht habe. Trotz der Zustimmung von StR. STACHER sei in der Sache selbst kein Fortschritt erzielt worden. Auch die Ärzteschaft trage zur Lösung dieses Problems nichts bei, außer ständigen Vorschlägen, den Zugang zum Medizinstudium zu beschränken. Dabei könnte gerade eine große Zahl junger Ärzte in Zukunft eine willkommene Hilfe für eine moderne, mobile Altenbetreuung sein. Dies würde alten Menschen das Verbleiben in ihren Wohnungen ermöglichen. Über den positiven menschlichen Aspekt hinaus wäre eine solche Lösung auch billiger, als der Aufenthalt in Altenheimen. (Forts.)  
gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

51 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Im Gesundheitswesen sei die Erstellung eines Mängelkataloges nötig, um neue Zielvorstellungen zu erarbeiten und Verbesserungen einzuleiten, sagte GR. Univ.-Prof. Dr. WAGNER (ÖVP). Die Bereitschaft der ÖVP, an Reformen mitzuarbeiten, ist vorhanden. Als positiv hob Wagner die Psychiatriereform hervor, wo in vielen Bereichen Beispielhaftes geleistet wurde.

Es zeichnen sich Schwierigkeiten ab, ausgebildete Ärzte unterzubringen. Die Wartezeiten von Fachärzten auf einen Kassenvertrag betragen bis zu zwei Jahren. Es muß gelingen, die Zahl der Studienanfänger zu verringern, die Wartezeiten sinnvoll zu nützen und die Niederlassungsmöglichkeiten zu verbessern.

Die Krankenanstalten sind historisch ungeordnet gewachsen und stammen baulich zum Teil aus der Monarchie. Der Zielplan des Jahres 1975 wurde nie voll realisiert und auch nicht fortgeschrieben. Ein neuer Zielplan ist dringend notwendig. Es gibt zweifellos zuviele chirurgische Betten. Die Reform darf sich allerdings nicht auf die Chirurgie beschränken.

Wagner bezweifelte den raschen Baubeginn des Krankenhauses Ost und kritisierte, daß hier ein Streit zwischen Gebietskörperschaften auf dem Rücken der Bürger ausgetragen werden.

Moderne Managementmethoden fehlen im Spitalsbereich weitgehend. Eine grundlegende Organisationsreform sowie eine qualitative und quantitative Personalvermehrung sind nötig. Die Spitalsleitungen sollten mehr Verantwortung haben. Unumgänglich ist auch eine Reform der Krankenhausfinanzierung. Der Erhalter darf nicht dafür bestraft werden, daß er ein Spital betreibt. Die Kostenstellenrechnung ist noch nicht genügend ausgebaut. Die Pflegegebühren haben mit den tatsächlichen Kosten wenig zu tun. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

52 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Der Neubau des AKH wird von der VAMED nur mit den Methoden eines modernen Großunternehmens durchgeführt, sagte Wagner. Wer aber ist für die spätere Funktionsfähigkeit verantwortlich? Der exakte Betriebsablauf ist nach wie vor nicht bekannt. Die Betriebskosten werden die Bauraten bei weitem übertreffen. Übersiedlungsstrategien sind zu entwickeln, Nutzungsvarianten sollten in die Überlegungen einbezogen werden. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

53 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. WINDHAB (SPÖ) freute sich darüber, daß bei der Spitalsdebatte die Sachlichkeit vorherrscht. Das Gesundheitswesen schreitet rasch vorwärts und der Zielplan 1975 bedarf einer weiteren Überarbeitung. Die Wiener Krankenhäuser werden so rationell wie möglich geführt. Lediglich 6 Prozent des Personals sind in der Verwaltung tätig. Die Senkung der Verweildauer von 14,9 Tage im Jahr 1975 auf 12,4 Tage 1982 sei ein Beweis dafür, daß auf die Kosten geschaut wird. Die Humanität im Krankenhaus hängt nicht von der Technik ab, sondern von den Menschen, die im Krankenhaus arbeiten. Die Behauptung, ein großes Krankenhaus sei inhuman, ist falsch. "Die Technik kostet ihren Preis, dafür bringt sie auch Humanität ins Spital." Der Redner zeigte dies plastisch mit einem Vergleich der früheren Narkosemethode mittels Ätherbausch zu den heutigen Techniken.

Die Wiener Psychiatriereform wird in aller Welt bewundert und steht auch in Wien außer Streit. Die Einrichtung der Versorgungsstationen und der Übergangsheime hat eine volle Rehabilitation der Pfleglinge ermöglicht.

Es bestehe kein Grund, das Gesundheitswesen in Wien herabzusetzen. Die raschen Veränderungen der Medizin, der Technik fordern immer wieder Anpassungen. Trotz aller Forderungen nach Kostensenkung müsse aber immer im Vordergrund das Humanitätsdenken im Interesse der Kranken stehen. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

54 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) 1981 war das Jahr der Behinderten, stellte GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP) fest, die Organisationen sind sich jedoch einig, daß nicht sehr viel im Hinblick auf behindertengerechtes Bauen, unbürokratische Hilfen sowie Arbeitsbeschaffung für Behinderte lassen noch sehr zu wünschen übrig. Die ÖVP setzte sich bereits in zahlreichen Anträgen dafür ein, daß Körperbehinderte voll und ganz in das familiäre und gesellschaftliche Leben integriert werden. Der geistig Behinderte "hat ein Anrecht darauf, in seiner eigenen Familie oder bei Pflegeeltern zu leben". Diesem Auszug aus der UNO-Deklaration für geistig Behinderte ist Österreich vollinhaltlich beigetreten. Die Forderungen konnten bis heute nur für einen kleinen Teil geistig Behinderter erfüllt werden.

Dr. Flemming stellte den ANTRAG, eine Arbeitsgruppe zur Novellierung des Wiener Behindertengesetzes und der Wiener Bauordnung einzusetzen. Die Novelle soll, so Flemming, folgende Punkte enthalten:

- o Bestimmungen, die mehr Sicherheit für die Arbeitsplätze der behinderten Mitmenschen garantieren.
- o Zuschüsse für private Unternehmer, die einen geschätzten Arbeitsplatz oder eine geschützte Werkstätte errichten.
- o Schaffung eines Behindertenpasses, der gleichzeitig als Straßennetzkarte für öffentliche Verkehrsmittel gilt.
- o Unterstützung von Selbsthilfegruppen und Nachbarschaftshilfzentren durch das Land Wien.
- o Pflegegeld und Blindenbeihilfe auch für Kinder ab Feststellung der Behinderung.

(Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

55 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL)

- o Schaffung einer Wiener Behinderteninteressensvertretung auf gesetzlicher Grundlage.
- o Mitwirkung dieser Interessensvertretung bei der Ausarbeitung von Gesetzen und Verordnungen, sowie im Planungsstadium.
- o Novellierung der Wiener Bauordnung in Hinblick auf behindertengerechtes Bauen und Berücksichtigung der Behinderten im Rahmen der Stadtplanung. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

56 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ilse FORSTER (SPÖ) nahm zu Fragen der Sozialpolitik Stellung und führte vier Grundsätze an, nach denen sich diese Politik richtet und weiterhin richten muß. Jeder Wiener soll in einer Notsituation das Recht auf entsprechende Hilfe haben. Das Beiseiteschieben benachteiligter Menschen durch die Gesellschaft muß verhindert werden. Die Flexibilität in der Sozialhilfe und die Anpassung an die jeweilige Situation und Altersstruktur muß gewahrt bleiben. Und schließlich soll die Motivierung aller Wiener und Wienerinnen zu persönlicher Leistung im sozialen Bereich gelingen.

Forster betonte, daß sich die Arbeit des Sozialamtes nach diesen Kriterien richtet. Das gilt nicht nur für die finanzielle Hilfe, sondern auch für die sozialen Dienste, die für die Menschen zur Verfügung stehen. Als Beispiele für den "Wiener Weg" nannte sie unter anderem die Heimhilfe, die den älteren Menschen auch Kontakt mit der Außenwelt bringt, die Pensionistenklubs, die Pensionistenheime mit ihren vielfältigen Möglichkeiten der Betreuung, die materielle und ideelle Hilfe für Arbeitslose, die Flüchtlingshilfe und schließlich die Aktion "Sozialer Bürger". Die Aktion bedeutet die Motivierung zur Hilfestellung zur den Mitmenschen in der unmittelbaren Umgebung. Mit der Aktion "Sozialer Bürger" und den sozialen Stützpunkten besteht die Möglichkeit zu unbürokratischer Hilfe im Notfall für jedermann, sagte Forster. Abschließend dankte sie allen Mitarbeitern der Sozialdienste für ihre Arbeit im Dienste der Mitmenschen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

57 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER würdigte den sachlichen Verlauf der Diskussion über die Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales. Die Probleme der Jungärzte bereiten natürlich Sorgen. Es besteht Einigkeit darüber, ein Pflegepraktikum einzuführen. Es gibt auch eine Gesetzesvorlage, welche die Einführung der Lehrpraxis vorsieht. Sinnvoll wäre es auch, wenn erfahrene Ärzte, die bereit sind, in ein Entwicklungsland zu gehen, junge Ärzte zur Ausbildung mitnehmen. Das Akademikertraining ist eine Erleichterung, sicher keine Lösung.

Stacher sprach sich dafür aus, bei der Besiedelung des AKH Raumreserven zu schaffen. Die Zusammenarbeit mit der Fakultät ist notwendig. Bei der Planung wurde die Maximalausstattung berücksichtigt, das heißt aber nicht, daß sie auch sofort realisiert wird. Es sei notwendig, sagte Stacher, daß die Ärzte im AKH, die mit der Versorgung der Patienten befaßt sind, dienstrechtlich der Stadt Wien unterstellt werden.

Ein neuer Dachverband für die Behindertenorganisationen soll geschaffen werden, um ein Forum zu bekommen, wo sie alle ihre Wünsche äußern können. Derzeit gibt es 321 Wohnheim-Plätze und 1.326 Tagesheimplätze für Behinderte. Weitere Plätze werden geschaffen. Wir versuchen, für die Behinderten alles zu tun, was möglich ist, betonte Stacher. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

58 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) 18 Prozent des Wiener Budgets entfallen auf das Ressort Gesundheit und Soziales, betonte Dipl.-Kfm. Sigrun SCHLICK (ÖVP). Daher sei es auch wichtig, auf die Mängel und Schwächen in diesem Bereich hinzuweisen, die auf dreißig Seiten des Kontrollamtsberichtes aufgedeckt werden. Konsequenzen werden keine gezogen, lediglich an den Symptomen herumgedoktert.

Zur Medizinerschwemme verwies Schlick auf eine Prognose, nach der 1995 35.000 promovierte Mediziner gegenüber heute 20.000 vorausgesagt wurden. GR. Schlick bekannte sich, zum Grundrecht der freien Berufswahl und zur in Österreich üblichen kostenlosen Gesundheitspflege. Wenn es mehr Ärzte gibt, dann sollen diese der Bevölkerung zugute kommen. Skeptisch äußerte sich die Rednerin zur 35-Stunden-Woche im Krankenhaus. "Die menschlichen Beziehungen im Spital werden bei einer weiteren Reduktion der Arbeitszeit verschlechtert." Für die im Herbst geplante Enquete zum Thema 35-Stunden-Woche im Krankenhaus bot die Gemeinderätin die Mitarbeiter der Volkspartei an.

GR. WORM (ÖVP) sprach den Stadträten HOFMANN und STACHER sowie den beteiligten Beamten ihrer Ressorts den Dank für die rasche Hilfe für jene Frau aus, deren Schicksal er am Montag im Gemeinderat geschildert hatte. (Beifall bei allen Fraktionen). (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

59 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Der Kontrollamtsbericht ist dazu da, betonte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), um Mängel in der Verwaltung aufzuzeigen. Die Opposition macht aus den aufgezeigten Mängel mit Vorliebe ein Politikum. Jedesmal, wenn in der Verwaltung eine Kleinigkeit nicht funktioniert, sieht dies bei der öVP nach einem politischen Skandal aus. Bei 23.000 Mitarbeitern gibt es wahrscheinlich täglich 100, die kleine Fehler begehen. Stacher wünschte sich mehr Verständnis für menschliche Fehlleistungen.

GR. HAHN (öVP) erklärte, daß ein Verwalter im AKH Anzeigen unter den Tisch fallen ließ. Es sei bedauerlich, wenn Kleinkriminalität toleriert wird. Außerdem kritisierte Hahn, daß im Zeitalter des Computers die Pflegegebühren noch immer nicht auf EDV umgestellt wurden und daher kein genauer Überblick über die finanzielle Gebarung gegeben ist. Hahn fragte, wie hoch die Forderungen aller Sozialversicherungsträger mit Stand 31. Dezember 1982 sind. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

60 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) GR. DINHOF (SPÖ) beklagte, daß durch den Beitrag von GR. Gertrude SCHLICK ein unsachlicher Zug in die Debatte gekommen sei. Zur aufgeworfenen Frage der Humanität im Krankenhaus sagte Dinhof, diese höre für die SPÖ nicht bei der Frage auf, ob es Vorhänge an den Fenstern geben soll oder nicht. Zum Kontrollamtsbericht meinte Dinhof, daß es natürlich die Aufgabe des Kontrollamtes sei, Mängel und Fehler aufzuzeigen, daß man aber immer auch zum Bericht des Kontrollamtes den Bericht der kritisierten Magistratsabteilungen entgegensetzen müsse.

Die Sitzung wurde um 19.45 Uhr unterbrochen und wird morgen, Mittwoch, im Anschluß an die Sitzung des Landtags mit der Debatte über die Geschäftsgruppe "Bauten" fortgesetzt. (Schluß) gab/gg

Hatzl: Rascher Bau von U 3 und U 6

Utl.: Oldtimer-Tramwayfahrt über den Ring

=++++

21 #Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) In die Zwischenkriegszeit zurückversetzt fühlten sich Dienstag die Teilnehmer einer Tramwayfahrt rund um den Ring in einem Triebwagen aus dem Jahr 1927. Veranstaltet wurde diese Fahrt von den Wiener Verkehrsbetrieben und vom Dorotheum, Anlaß dafür ist die Ausstellung "100 Jahre elektrische Tramway in Österreich - 80 Jahre Wiener Elektrische Städtische Straßenbahn", die noch bis 9. Juli im Vestibül des Dorotheums zu besichtigen ist. Als prominenteste Fahrgäste nahmen Verkehrsstadtrat Johann HATZL und Generaldirektor Dkfm. Alfred KARNY vom Dorotheum an der Oldtimerfahrt teil.#

Stadtrat Hatzl bekannte sich bei dieser Gelegenheit zum Vorrang für den öffentlichen Verkehr. Hatzl verwies auf den unverminderten Fahrgastzuwachs bei den öffentlichen Verkehrsmitteln - die sensationellen Steigerungsraten des Vorjahres haben sich auch 1983 fortgesetzt - und bezeichnete ihn als sichtbare Folge des U-Bahn-Baues und weiterer günstiger Maßnahmen der Verkehrsbetriebe, wie etwa der erfolgreichen Tarifreform. Hatzl sprach sich für einen raschen Bau der neuen U-Bahn-Linien U 3 und U 6 aus. "Jetzt gilt es, auch bei den Autofahrern ein größeres Maß an Verständnis für optimale Verkehrslösungen zu Gunsten der Massenverkehrsmittel zu erreichen", sagte Hatzl

Der schienengebundene Verkehr wird auch in Zukunft im Rahmen des öffentlichen Verkehrs Vorrang haben. "Eine Umstellung bestehender Tramwaylinien auf Autobusse ist gegenwärtig nicht beabsichtigt", erklärte Hatzl. Nur im Zusammenhang mit der U-Bahn-Linienführung könne es künftig zur Auflassung von Linien kommen. (Schluß) roh/ap

NNNN

Terminübersicht vom 29. Juni bis 6. Juli (1)

=++++

22 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) In der Woche vom 29. Juni bis 6. Juli fallen im Wiener Rathaus folgende Termine an:

MITTWOCH, 29. JUNI:

8.30 Uhr, Gemeinderätliche Personalkommission

9.00 Uhr, Sitzung des Wiener Landtages mit Schulgesetz, nach der Landtagssitzung werden die Beratungen des Gemeinderats zum Rechnungsabschluß 1982 mit den Geschäftsgruppen "Bauten" und "Umwelt und Bürgerdienst" fortgesetzt. Abstimmung über Rechnungsabschluß 1982.

DONNERSTAG, 30. JUNI:

9.00 Uhr, Debatte des Wiener Gemeinderates über Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke mit Bericht von Stadtrat Johann HATZL, Debatte über Kontrollamtsbericht mit Einleitung von Kontrollausschuß-Vorsitzenden Gemeinderat Dr. Erwin HIRNSCHALL, im Anschluß "normale" Tagesordnung des Gemeinderates.

FREITAG, 1. JULI:

8.00 Uhr, Abschlußfeier für 192 Lehrlinge der Stadt Wien  
11.30 Uhr, Eröffnung einer Ferienspielstation im Studio Moliere "Dritte Welt-Station"

SAMSTAG, 2. JULI:

12.45 Uhr, Rundfunksendung des Wiener Bürgermeisters

SONNTAG, 3. JULI:

Beginn des Wiener Ferienspieles. Eine Ankündigung über die ersten Programmpunkte bringt die "RATHAUSKORRESPONDENZ" am Montag, 4. Juli,

14.00 Uhr, Großer Preis der Stadt Wien in der Freudenau

(Forts.) sei/gg

NNNN

Terminübersicht vom 29. Juni bis 6. Juli (2)

=++++

23 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL)

MONTAG, 4. JULI:

10.30 Uhr, Übergabe der Preise der Stadt Wien für Wissenschaft

11.00 Uhr, Pressegespräch Vizebürgermeister Dr. Busek im Cafe  
Landtmann

DIENSTAG, 5. JULI:

10.00 Uhr, Landesregierung und Stadtsenat

11.30 Uhr, Pressegespräch von Bürgermeister Leopold Gratz im PID

14.00 Uhr, Fachbeirat für Stadtplanung

15.00 Uhr, Übergabe der Preise der Stadt Wien für Literatur, Musik  
und bildende Kunst

15.30 Uhr, Wohnbauförderungsbeirat

MITTWOCH, 6. JULI:

14.00 Uhr, Hearing über Otto-Wagner-Brücke in der Volkshalle des  
Wiener Rathauses

19.00 Uhr, Pressekonferenz von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois  
STACHER über aktuelle Fragen des Ressorts (Ort wird  
noch bekanntgegeben).

(Schluß) sei/gg

NNNN

Fußball-WM in Österreich leider undurchführbar

Utl.: Sportstadtrat Franz Mrkvicka nennt dafür Gründe

=++++

27 Wien, 28.6. (RK-SPORT) "Sicherlich gutgemeint, doch Utopie, leider nur ein Wunschdenken." Wiens Sportstadtrat Franz Mrkvicka bezeichnet den Beschlußantrag des FPÖ-Sprecher Dipl.-Ing. Pawkowicz, als Ausrichter der Fußball-WM im Jahre 1990 aufzutreten, für undurchführbar. Wie Franz Mrkvicka betont, liegt von seiten des internationalen Fußball-Weltverbandes (FIFA) ein umfangreiches Pflichtenheft auf, in dem als einer der wohl wichtigsten Forderung zwischen 12 und 16 Stadien mit einem Fassungsraum von zumindestens 30.000 Zuschauern verlangt werden. "Es wäre schön, wenn sich Wien um eine solche Vergabe bewerben könnte, doch in keinem der bestehenden Stadien in den Bundesländern ist die Voraussetzung der FIFA zu erfüllen."

Der Sportstadtrat hat diesbezüglich auch schon ein erstes Gespräch mit den Verantwortlichen des österreichischen Fußball-Bundes geführt - und in seiner Ansicht bestätigt worden. "Wir werden aber", so Franz Mrkvicka, "alles daransetzen, um nach langer Zeit wieder als Ausrichterr eines Fußball-Europacupspieles aufzutreten."

Wie aus Kreisen des ÖFB weiters verlautet, ist auch eine Kandidatur Österreichs als Bewerber einer Fußball-WM in Zusammenarbeit mit angrenzenden Ländern undurchführbar. Das hat FIFA-Präsident HAVELNAGE deutlich zu verstehen gegeben. (Schluß)  
hof/ap

NNNN

Rechnungsabschlußdebatte: Bis Mittag "Kultur und Sport" (1)

=++++

28 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat diskutierte Dienstag vormittag in der Rechnungsabschlußdebatte 1982 die Geschäftsgruppe Kultur und Sport. Dabei betonte Stadtrat Franz MRKVICKA (SPÖ), "Kultur soll für alle erreichbar sein." Durch dezentrale Kulturarbeit, manifestiert durch umfangreiche Bezirksaktivitäten, Grätzelfeste und Kirtage, sollen sich die Menschen an ihrem Wohnort zuhause fühlen. Mrkvicka sprach von einer "Kreativitätsexplosion" in den Wiener Lokalen und wies auf das umfangreiche Theaterangebot Wiens hin. Mit über 40 Bühnen sei Wien die Stadt mit den meisten und bestfrequentierten Theaterplätzen pro Kopf der Bevölkerung in Europa. Das komme nicht von ungefähr, die Stadt habe im vergangenen Jahr eine Theaterförderung von 260 Millionen ausgeschüttet. Für den Bereich Sport kündigte Mrkvicka eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Kultur an: Sportbesucher sollten für die Kultur und die Kulturbesucher für den Sport interessiert werden.

Für die ÖVP betonte Stadtrat Dr. Jörg MAUTHE, daß sich das Zeitalter der Spezialisten und des Konsumdenkens dem Ende zuneigt. Den Jungen ist Kultur nicht mehr nebensächlich, das ist auch das Grundphänomen der neuen politischen Gruppen. Wir haben heute eine große Chance für den Dialog, so Mauthe, zu einem Pakt zwischen den Generationen. In der Rede von Kulturstadtrat Mrkvicka vermißte Mauthe Aussagen zum Thema Messepalast und zur Otto-Wagner-Brücke.

Für die FPÖ fordert Gemeinderat Dipl.-Ing. Rainer PAWKOWICZ, eine Bewerbung Wiens für die Fußballweltmeisterschaft 1990 prüfen zu lassen. Man sollte auch Gespräche mit den anderen Bundesländern führen. Pawkowicz kritisierte, daß vor allem die zeitgenössische Architektur kaum mehr unter dem Einfluß der Kulturverwaltung steht. Die Architektur wird offenbar weitgehend den Bauingenieuren überlassen. Das Kulturamt sollte periodisch Architekturpreise vergeben, regte Pawkowicz an. (Forts.) sei/ap

Rechnungsabschlußdebatte: Bis Mittag "Kultur und Sport" (2)

=++++

29 Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Für die SPÖ hob Gemeinderat Gertrude STIEHL die Verbesserungen bei den Wiener Festwochen hervor. Die Festwochen sind, so Stiehl, ein Platz geworden, wo sich auch die Avantgarde artikulieren kann. Durch neue Formen, wie der "Szene Wien", werden vor allem junge Menschen für Kultur interessiert. Das System der Subventionsgewährung sollte überprüft werden. Subventionen sollten primär Starthilfe und ein Fangnetz sein, meinte Stiehl. Erfreulich sei, daß ab September bei den Wiener Symphonikern eine Frau mitwirken wird. Stiehl richtete an den ehemaligen Kulturstadtrat einen Wunsch: Minister Zilk möge mithelfen, daß es auch bei den Philharmonikern bald Musikerinnen gibt.

Die Debatte über die Geschäftsgruppe Kultur und Sport wurde nach fast vierstündiger Dauer kurz vor 13 Uhr beendet. Am Nachmittag stehen die Geschäftsgruppen Bildung, Jugend und Familie sowie Gesundheit und Soziales auf der Tagesordnung.

(Schluß) sei/ap

NNNN

Akademikertraining für Jungärzte wird fortgesetzt

Utl.: Trainingskurse haben sich bewährt

=+++++

42      Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Das von der Stadt Wien gemeinsam mit dem Bundesministerium für Soziale Verwaltung durchgeführte sogenannte Akademikertraining hat sich bewährt und wird fortgesetzt. Dies stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Dienstag, gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" neuerlich fest. Anlaß für diese Feststellung war die von Vertretern der in Ausbildung stehenden Ärzte in der österreichischen Ärztevereinigung aufgestellte Forderung nach Ausbau und Weiterführung des Akademikertrainings. Im Rahmen dieses Akademikertrainings der Arbeitsmarktverwaltung werden seitens des Sozialministeriums für jeden in Frage kommenden Arzt sechs Monate lang 5.000 Schilling (einschließlich Sozialversicherung) zur Verfügung gestellt. Die Stadt Wien stellt die damit verbundene Ausbildung, die Organisation und die notwendigen Räume in den Spitälern bereit.

Wie Univ.-Prof. Dr. Stacher erklärte, bietet diese Aktion - deren medizinisches Trainingsprogramm gemeinsam mit der Ärztekammer ausgearbeitet wurde - die Möglichkeit, Jungärzte während der Zeit des Wartens auf eine Ausbildungsstelle in einem Krankenhaus medizinisch weiterzubilden, wobei sie auch sozialversichert sind. Wien wird auch in Zukunft bemüht sein, alles zu tun, um den frisch promovierten Ärzten zu helfen. (Schluß) zi/ko

NNNN